

Kommentar, 24.09.2013
© Dr. Sabine Schiffer

Neuwahlen oder wer begeht den politischen Selbstmord?

Nicht nur für CDU/CSU hat das Wahlergebnis einen Pferdefuß

Was für ein spannender Wahlabend! Binnen weniger Stunden wurde aus einem langweiligen Bundestagswahlkampf, in dem die Stimmung „Es wird sich (politisch) nicht viel verändern!“ vorherrschte, ein spannender Krimi. Auch wenn sich angesichts des Angebots politisch tatsächlich nicht viel ändern wird, so bedeutet das Wahlergebnis einen Tsunami für Parteienlandschaft und Koalitionsmöglichkeiten.

Bis zuletzt wäre es möglich gewesen, dass die neu gegründete AfD doch noch den Sprung in den Bundestag schafft. Sie hat das Ziel knapp verfehlt und darum erübrigt sich eine Analyse des „Was wäre wenn?“ - im Moment. Der Piratenpartei, die einst kurzzeitig Erfolge versprach, hat es versäumt den NSA-Überwachungsskandal für sich zu nutzen. Dass die FDP das Ziel ebenfalls verfehlt, hätten wohl nur wenige vermutet oder überhaupt andenken wollen, wenn auch die Wahlprognosen ein desaströses Ergebnis bereits nahe legten. Dieser historische Abgang der Liberalen könnte der Anfang vom Ende dieser Partei sein, wenn da nicht die finanzkräftigen Unterstützer im Hintergrund wären, die ihr vielleicht weiter die Stange halten werden. Angela Merkel hat mit dem Verzicht auf die Unterstützung einer Zweitstimmenkampagne für ihren bisherigen Koalitionspartner ganz klar auf Sieg gesetzt und diesen auch errungen – fast. Mit dem knappen Verfehlen der absoluten Mehrheit bleibt die Notwendigkeit, sich einen Koalitionspartner für die nächste Legislaturperiode zu suchen. Mit Blick auf die anstehenden Desaster in Europa und darüber hinaus, sowie den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat ist dies sowieso klug. Selbst wenn zum Kalkül, dass ein Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag möglich ist, gehört haben sollte, dann eine große Koalition mit der SPD einzugehen, so wäre diese Strategie dennoch gewagt. Denn der Koalitionspartner der Regierungspartei(en) ist der potentielle Verlierer der nächsten Wahl, auch wenn die meisten Medien jetzt diese Lösung hochschreiben.

Einerseits mahnt das Schicksal der FDP, andererseits kommt zum sofortigen Glaubwürdigkeitsverlust für die beiden potentiellen Kandidaten SPD und Grüne die Gefahr des endgültigen Profilverlustes hinzu. Dies kann sich rein rechnerisch eine SPD eher leisten, als die Grünen, die dann auch um einen Wiedereinzug ins Parlament mit Blick auf die 5-Prozenthürde bangen müssten. Ob die SPD aber noch einmal bis zu 10-Prozent Punkte weniger riskieren mag, ist kaum zu erwarten, wenn Besonnenheit regieren würde. Wer aus Sicht der möglichen kleineren Partner von Merkels erstarkter Partei die Potentiale der eigenen Mitgestaltung und langfristigen Profilierung durchdenkt, dem müsste die Vernunft ein großes Warnschild vorhalten.

Gleiches würde für die Linke gelten, wenn sie denn überhaupt als möglicher Koalitionspartner erachtet würde. Vermutlich rettet diese selbst gesteckte rote Linie

der etablierten Parteien, die sich auf Agenda 2010 und Kriegseinsätze geeinigt haben, das Profil der Linken und damit deren Überleben, denn eine weitere Oppositionspartei, die sich kaum von der Regierung unterscheidet, braucht man nicht. Insofern kann die kategorische Ablehnung einer möglichen Kanzlerschaft Peer Steinbrücks unter Rot-Rot-Grün ein rettender Pferdefuß für die Linke sein, die sich wundersamerweise über einen Verlust von über 3 Prozent am Wahlabend freute – so als hätte man schlimmeres befürchtet. Kaum trübt die Stimmung, dass der Zuwachs der Unionsparteien im gleichen acht-Prozentbereich liegt, wie die eigene Partei überhaupt gewählt wurde. Zwar mag man sich damit trösten, nun knapp vor den Grünen drittstärkste Fraktion im Bundestag zu sein, eine Garantie für bleibende Profilschärfe ist das lange nicht.

Die Pattsituation könnte also durchaus noch in Neuwahlen enden, wenn SPD und Grüne die Warnsignale ernst nehmen, und dann wäre das Rennen komplett neu eröffnet – denn das jetzige Wahlergebnis mag dem ein oder anderen Wechselwähler ein warnendes Zeichen gewesen sein oder dem ein oder anderen Protestwähler noch mehr Aufwind geben. Wir dürfen also weiterhin gespannt sein.